

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 5. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

### Bezugspreis:

Bezugpreis: 30 Pf. monatlich, 300 Pf. jährlich. Einmalige Ankaufskarte für ein Jahr 300 Pf. Inland, Ausland 350 Pf. für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 2100 Pf. Postbestellungen nehmen an: Deutschland, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. — Einzelnummern zu 10 Pf. Postzusatz 1 Pf. — Einzelnummern mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Volk“ 15 Pf. wochentlich zweimal, Sonntags und Sonntags einmal.

### Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

### Einzelgenpreis:

Die achtzehnte Kampfbroschüre: „Kleinanzeigen“, das wichtigste Wort 1. — 2. (täglich zwei getrennte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Briefe über 15 Buchstaben ab hier für zwei Worte. — Einrückungssatz 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2. — 3. politische und gewerkschaftliche Betriebs-Anzeigen 2. — 3. die Seite ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Unter den Eichen 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

## Die Ankunft in Spa.

Spa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Delegation ist kurz vor 2 Uhr ohne Zwischenfall hier eingetroffen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt, die zahlreich erschienenen Menge verhielt sich schweigend. Die Delegation wurde im Zuge von dem Generalsekretär der Konferenz Jacquesin und von Graf Du Chatel im Namen der belgischen Regierung begrüßt und begab sich in Stallsautomobilen in ihre Absteigequartiere. Der Reichskanzler fuhr mit dem Sekretär der belgischen Delegation nach der Villa des Sorbiers, die für die deutschen Bevollmächtigten bereitgestellt ist. Sodann begaben sich die übrigen Mitglieder der Delegation und der ganze Stab von Mitarbeitern, Sachverständigen und Sekretären in zehn Automobilen in das Hotel Annette et Lubin.

Spa, 4. Juli. Nach einer Cavas-Deuter-Beilage sind Benoit und der polnische General Koszowski gestern vormittag, die französische, die belgische Delegation und das Personal der englischen Delegation gestern nachmittag angekommen; Lloyd George, Wilson und Lord Ribblesdale von Brüssel über Waterloo hierhergefahren.

Millerand und Borel kamen bereits gestern hier an. Die übrigen Delegierten der Alliierten werden heute abend erwartet.

Brag, 4. Juli. Minister des Äußern Dr. Bened wird Dienstag früh zur Teilnahme an der Konferenz nach Spa abreisen.

Belgrad, 4. Juli. (Belgion.) Der gestrige Ministerrat hat beschlossen, daß die jugoslawische Regierung durch Dr. Tumbakich und Dr. Nikolow Paschitsch auf der Konferenz von Spa vertreten sein wird.

### Das Programm.

Brüssel, 4. Juli. (Havas-Neuer.) In der letzten Sitzung der Konferenz von Brüssel wurde bestimmt, daß die nächste Sitzung am Montag, den 5. Juli, 11 Uhr vormittags, in Spa stattfinden wird. Die deutschen Delegierten werden eingeladen werden, daran teilzunehmen.

Kopenhagen, 4. Juli. (U.) Nach Pariser Telegrammen soll Lloyd George mit einer Deute von 12 bis 14 Tagen für die Spakonferenz rechnen.

Brüssel, 4. Juli. (Havas.) In der ersten Sitzung der Konferenz von Spa am Montag wird es sich zunächst darum handeln, die deutschen Botschaften kennen zu lernen.

Die erste Frage, die gestellt werden wird, betrifft die drei Raten, die im Anschluß an die Konferenz in Brüssel an die deutsche Regierung gerichtet worden sind und die Gründe, weshalb Deutschland diese Raten noch nicht beantwortet hat.

Darauf werden die Fragen der Entlastung, der Wiedergutmachung und der Kohlenlieferung, wahrscheinlich auch die Frage von Danzig besprochen werden.

Brüssel, 4. Juli. (Havas.) Die Delegierten sind nach Spa gereist mit den Sachverständigen für die türkischen Angelegenheiten, woraus hervorgeht, daß die türkische Frage behandelt werden wird.

Brüssel, 4. Juli. Auf Anfrage hat der Präsident der Wiedergutmachungskommission Dubois erklärt, daß nach seiner Meinung keine Erörterung mit den Deutschen stattfinden würde, sondern daß diese nur Vorschläge einzubringen hätten. Die deutschen Anerbieten seien bisher durchaus unbefriedigend gewesen.

### Die Vorbedingungen.

Spa, 4. Juli. Der Minister des Äußern Dr. Simon äußerte sich heute vor einigen ausländischen Pressevertretern über die bevorstehende Konferenz.

Er erklärte u. a., nach dem Vertrage von Versailles sei der Vertrag, den Deutschland an Wiedergutmachung zu leisten hätte, im Mai 1921 festzusetzen. Aber wie die Dinge lägen, könnten weder Deutschland noch die Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Wichtiger sei es im Interesse der ganzen Welt, die nur durch internationale Zusammenarbeit vor völliger Zusammenbruch bewahrt werden könne, notwendig, schon jetzt zu einer Einigung zu kommen. Soweit Deutschland in Frage komme, werde es bereit sein, alles zu tun, um diese Zusammenarbeit zu fördern.

Von einem Pressevertreter gefragt, ob Deutschland bestimmte Vorschläge mitbringe, erwiderte der Minister, eine bestimmte Summe zu nennen, die Deutschland unter allen Umständen zahlen könne, sei natürlich vollständig ausgeschlossen. Aber wenn es durch eingehende freimütige mündliche Verhandlungen gelänge, wolle ein Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen.

Der Minister bemerkte weiter, er habe im vorigen Jahre, als der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde, seine Stellung im Reichsdienst aufgegeben, da er der Ansicht gewesen sei, daß Deutschland die furchtbare harte Bedingungen nicht er-

füllen könne. Seither habe er einen wichtigen Posten in der deutschen Industrie bekleidet. Er habe Gelegenheit gehabt, eingehend zu studieren, bis zu welchem Betrag Deutschland den Vertrag von Versailles zu erfüllen in der Lage sei. Jedenfalls werde er nur das unterschreiben, was seiner Ansicht nach Deutschland erfüllen könne.

Dr. Simon betonte weiter, daß die Erfüllung des Vertrages durch Deutschland in der Hauptsache in Arbeit bestehen würde und daß diese Arbeit von drei Bedingungen abhängt: Rohmaterial, Lebensmittel, Frieden im Innern. Diese Dinge, die ebenso grundlegend seien wie die Zukunft Oberösterreichs, seien die wichtigste Voraussetzung, über die man sich zuerst einigen müsse, ehe Deutschland irgendein festes Angebot machen könne.

Der Minister erklärte zum Schluß seiner Darlegungen, daß es der feste Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung zu kommen.

### Lloyd Georges Wahlspruch.

Brüssel, 3. Juli. (Havas-Neuer.) Lloyd George erklärte bei einem Empfang belgischer Journalisten, die Deutschen hätten kein Recht, auf der Konferenz in Spa den Versailles Vertrag zur Erörterung zu bringen, sondern hätten nur ihre Ansichten über die der Ausführung des Vertrages dienenden Maßnahmen kundzutun.

Bzüglich der Entschädigungsfrage sprach Lloyd George das Vertrauen aus, daß man zu einem Einverständnis gelangen werde. Wir zeigen alle unseren guten Willen, sagte er, es gibt nur ein einziges Laub, das besteht, und es gibt viele Gläubiger, es ist also zu verstehen, daß einige Schwierigkeiten entstehen, bevor die Einigung erzielt ist.

Lloyd George erklärte weiter: England hat sich mit einer gewissen Verminderung seines Anteils zugunsten Belgiens einverstanden erklärt.

Ueber das militärische Bündnis werden indessen zwischen Belgien und Frankreich Unterhandlungen geführt. Ueber die eventuelle Beteiligung Englands an diesem Bündnis befragt, erklärte Lloyd George, im Augenblick handele es sich nicht um diese Frage.

### Verstimmung unter den Alliierten.

Dem stürmischen Auftakt der Brüsseler Tagung folgten am Sonnabend Sitzungen, die nicht viel ruhiger verliefen. Die Mitteilungen über das Resultat der Konferenzen sind widersprüchlich. Während der offizielle Bericht über die Wiedergutmachungsfrage hinweggelte, stimmen die einzelnen Meldungen des amtlichen Havas-Neuer-Bureau nicht miteinander überein. Immerhin scheint es zu einer vorläufigen Einigung auf der Basis gekommen zu sein, daß Frankreich und England auf einen Teil ihres Prozentjahres verzichten. Danach erhalten nunmehr Frankreich 52, England 23, Italien 10, Belgien 8 und Serbien 5 Proz., während Japan, Rumänien und Portugal den Rest erhalten. Aber auch dieser Status befriedigt Belgien und Italien nicht. Man scheint daran zu denken, sie durch wirtschaftliche Zugeständnisse zu befriedigen. Belgien macht z. B. Rechte auf die in seinen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe und auf Kohlenlieferungen geltend. Trotzdem bleibt die Haltung der belgischen Presse sehr erregt.

Die Verstimmung scheint übrigens nicht einseitig in den Reihen der italienischen und belgischen Vertreter zu liegen. Auch zwischen Frankreich und England kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Millerand, den der Rufm Clementeau nicht schlafen zu lassen scheint, forderte wieder einmal Zwangsmahnahmen gegen Deutschland hinsichtlich der Kohlenlieferungsfrage. Der Widerstand Lloyd Georges äußerte sich in der Weise, daß er um 5 Uhr plötzlich die Sitzung verließ und sich nicht wieder zeigte. Die Einigkeit unter den Alliierten scheint also nicht übermäßig groß zu sein.

Brüssel, 5. Juli. „Sitr“ meldet, daß Millerand gestern eine intime Unterredung mit dem Grafen Sforza hatte, nach der es möglich sei, daß Italien 10 Proz. erhalte, sowie Zugeständnisse bezüglich des ungarischen und des bulgarischen Friedensvertrages.

Max Ringer 7. Sonntag ist auf seinem Sommerhof in Großjens an der Unstrut, wo er wie alljährlich seit Mai weilte, der Malaria und Siphonischer Gehirnentzündung Professor Max Ringer einer Verklärung im Alter von dreizehnhundert Jahren erlegen. Sein Ableben erfolgte völlig unerwartet ohne vorhergegangene Krankheit. Wegen der Überführung der sterblichen Überreste des Ringers ist noch nichts bestimmt.

Krafft ist mit seinem Kollegen Rogin nach Moskau abgereist. Frau Krafft und die übrigen Mitglieder der Handelsdelegation bleiben in London. Krafft gedenkt in etwa drei Wochen zurückzukehren.

Frankreich und die 3. Internationale. Der Ratimarkt der eingetragenen sozialistischen Partei Frankreichs ist zu einer Sitzung zusammengetreten. Es liegt ihm das telegraphische Ersuchen von Cochis und Proffard vor, an dem internationalen Kongreß der Kommunisten in Moskau teilzunehmen zu können.

## Krise in der Textilindustrie.

Von H. Krähig, R. & R.

Die Käufer von Textilprodukten sind innerhalb dreier Monaten aus einem Extrem ins andere gefallen. Bis zum Monat April rissen sie den Herstellern und Händlern geradezu jeden Fetzen Ware zu jedem geforderten Preise aus der Hand; ja, es kam nicht selten vor, daß Händler wie Verbraucher erheblich höhere Preise anboten, als sie gefordert wurden. Und in den verflochtenen drei Monaten kaufte man aber so gut wie nichts, auch dann nicht, wenn Angebote gemacht wurden, die nachgewiesenermaßen weit unter den gegenwärtigen Herstellungskosten liegen.

Solche Angebote sind gemacht worden, weil die Hersteller den Betrieb soweit wie möglich aufrechterhalten wollten. Aber anstatt Bestellungen regnete es geradezu Annullierungen, so daß besonders die Betriebe, die nur auf den Inlandsmarkt angewiesen sind, in schwere Bedrängnisse kamen und zur Entlassung von Arbeitern schritten. Es gibt Betriebe, die noch mit Rohstoffen versehen sind und die auf Lager arbeiten lassen würden; es fehlt ihnen aber an dem nötigen Geld zur Bezahlung des Rohes. Die Produktionskosten sind — ganz abgesehen von den Rohstoffpreisen — sehr hoch und die Bankkredite sind meist in Anspruch genommen worden, um laufende Verpflichtungen gegenüber den Rohstofflieferanten zu erfüllen. Es müßte deshalb einmal die Frage erwoogen werden, ob sich nicht, eventuell mit Hilfe der Reichsbank, eine Kreditmöglichkeit schaffen läßt, die den Textilwarenerzeugern, die noch Rohstoffe haben, das Weiterarbeiten ermöglicht.

Aber auch die Fabriken, die für den Export arbeiten, kommen in immer größerer Beschäftigungsnot. Diese wird verschärft durch die Exportabgabe, und die Art, wie diese erhoben wird. Die Exportabgabe war wohl berechtigt in der Zeit, wo wir, sagen wir, für einen holländischen Gulden 15 Mk. und darüber zahlen mußten, wo also der Kurs unserer Mark im Ausland sehr niedrig war und große Valutagewinne gemacht wurden. Doch war in der Zeit von Mitte November v. J. bis etwa Ende März 1920. In jener Zeit war solche Abgabe auch noch um deswillen sehr gut möglich, weil unsere Textilindustrie noch Waren auf den Markt bringen konnte, zu denen Rohstoffe verwendet worden waren, deren Preise unter den Weltmarktpreisen standen. Auch die Arbeitslöhne waren, namentlich bis Mitte Januar, noch weit unter dem Stand der durch die höhere Währung erheblich höheren Löhne des Auslandes. Dasselbe konnte man sagen von den Kohlenpreisen. Aber in jener Zeit geschah nichts.

Endlich, Ende April, wo all die Voraussetzungen für die Möglichkeit einer Exportabgabe nicht mehr zutrafen, kam man mit einer Verordnung, die vom 10. Mai 1920 ab eine nach Warenarten abgestufte Exportabgabe verlangt. Aber nun zahlen wir für den holländischen Gulden erheblich unter 15 Mk.; der Kurs der Mark ist also im Verhältnis zu seinem Tiefstand erheblich gestiegen, und da versiegen nicht nur die Valutagewinne, sondern es schwindet auch die Kaufkraft des Auslandes, nachdem wir durch das Steigen der Mark den Reiz der Billigkeit verloren haben. Dazu kommt, daß wir die Waren aus den billigen Rohstoffen los sind, daß wir heute Waren exportieren, zu denen wir die Rohstoffe bzw. Halbfabrikate zu Weltmarktpreisen plus Goldzoll bereingekommen haben. Das letztere trifft besonders zu auf die Konfektionsindustrie. Und wie sieht's mit den Löhnen? Die Stundenlöhne des Verbandes der Säch.-Thüring. Webereien und der Konvention Säch.-Thüring. Färbereien betragen:

Für einen männlichen Arbeiter über 20 Jahre:		
ab 16. Juli 1919	R. 1,85	
16. Oktbr. 1919	1,90	Erhöhung 16,1 Proz.
16. Januar 1920	2,45	65,0
16. April 1920	4,65	200,0

gegenüber dem Lohne vom 16. Juli 1919

Für einen weiblichen Arbeiter über 20 Jahre:		
ab 16. Juli 1919	R. 1,85	
16. Oktbr. 1919	1,90	Erhöhung 18,6 Proz.
16. Januar 1920	2,20	69,0
16. April 1920	4,20	211,0

gegenüber dem Lohne vom 16. Juli 1919

Wie hoch in den letzten 9 Monaten die Kohlenpreise gestiegen sind, das weiß ja jeder; was nur noch zu bemerken ist, daß die Textilindustrie leider mit dem Kohlenbezug mehr auf den schlechtesten Weg angewiesen war, der die Transport- und Gestehungskosten noch erheblich erhöhte. Die Industrie kann demnach die Exportabgabe nicht mehr von dem Valutagewinn tragen, weil inzwischen zu viel auf den vor vielen Monaten vereinbarten Preis aufgeschlagen worden ist. Will sie aber diese Abgabe noch auf den Verkaufspreis aufschlagen, so kommt prompt die Annullierung des Auftrages zurück. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit noch verschärft. Dazu



kommt noch eine ganz rigorose Ausführungsbestimmung. Das Reichsfinanzministerium hat nämlich angeordnet, daß die Exportabgabe bei der ersten Sendung zu zahlen ist; auch dann, wenn diese erste Sendung ein Probestück ist, von dessen Aufnahme es abhängt, daß die Ware überhaupt angenommen wird. Dieser Tage lag folgender Fall vor. Eine Firma, die im Eigenveredelungsverkehr 14 000 Meter Herrenstoff nach England verkauft hat und darüber einen Ausführschein besitzt, wollte ein Probestück von 25 Meter abgeben. Da verlangte die Steuerbehörde die Zahlung der 6 000 M. betragenden Exportprämie für den ganzen Lieferchein. Die Firma wehrt aber noch gar nicht, ob die englischen Abnehmer die Ware abnehmen werden. Aber auch dann, wenn das nicht fraglich wäre, ist es ein im gegenwärtigen Zustand der Industrie unerträgliches Verlangen, bei der ersten Teilendung die Exportabgabe für das Ganze zu fordern. Das könnte doch Zug um Zug gehen. Ein so großer Posten wird nicht auf einmal, sondern in 5-8 Sendungen verhandelt. Der Ausführschein soll aber möglichst auf die ganze Sendung lauten, sonst kommt die Außenhandelsstelle mit der Ausstellung der Scheine zu weit in den Rückstand. Bei diesem Verlangen aber, das vom Reichsfinanzministerium gefordert wird, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder Exportunmöglichkeit, da es unmöglich ist, bei großen Sendungen die bei der ersten Verladung verlangte große Gesamtsumme der Exportabgabe zu beschaffen, oder aber Zerlegung der ersten Ausführscheinung in eine Serie von Ausführscheiden, und damit eine solche Vermehrung der Arbeit, daß die Außenhandelsstelle mit ihrer Erledigung immer mehr in den Rückstand kommt und die Industrie dadurch wieder in der Exportfähigkeit gestört wird. In beiden Fällen führt das zu einer Verschärfung der Produktionsweise und zu größerer Arbeitslosigkeit.

Die Exportabgabe für Textil- und Bekleidungsgegenstände muß also zurzeit außer Kraft gesetzt werden. Jeder Tag bringt größere Not.

Der Reichsrat beschäftigt sich mit der Frage, eine leitende Skala aufzustellen, die dem Steigen und Fallen des Marktpreises angepaßt werden soll, mit der Maßgabe, daß sie bei einem gewissen im Steigen des Marktpreises erreichten Stand außer Kraft tritt, bzw. bei einem gewissen Tiefstand des Marktes wieder ausbleibt. Es ist nur dringend zu wünschen, daß der Reichsrat bald zu einem solchen Beschluß kommt, sonst geht unser Textilwareexport, den wir haben müssen, um die ausländischen Textilrohstoffe laufen zu können, ganz in die Widen. Italien und Frankreich machen uns schon sehr lästige Konkurrenz; letzteres besonders in der Konfektion.

Im übrigen wird zurzeit in der Reichsstelle für Textilwirtschaft und in den sonstigen Körperlichkeiten der Textilindustrie fieberhaft gearbeitet, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Das Hauptaugenmerk wird darauf gerichtet, Aufträge der verschiedenen Beschaffungsstellen zu erledigen. Eventuell wird eine besondere Beschaffungsstelle gegründet werden, die Waren beschafft, die einem wäckeren Mangel in Bekleidungswaren abdecken sollen. Auf einen solchen Mangel ist in kurzer Zeit zu rechnen. Wir haben, der Menge nach, keine großen Textilwarenbestände; namentlich nicht in den gangbarsten Artikeln. Der Verbrauch geht aber weiter, während die Produktion eingeschränkt wird. Wenn nun jetzt monatlang mit dem Kauf zurückgehalten worden ist, so hat das die Wirkung, daß demnächst der Bedarf um so dringender werden wird.

Es wird daher nach zwei Richtungen hin eine dankbare Aufgabe sein, wenn das Reich dazu übergeht, in gewissen Klassenartikeln eine Textilwarenereserve anzulegen. Einmal wird jetzt Arbeit geschaffen und zum andern wird dieser bei eintretender Warenknappheit das Heranbringen dieser Warenreserve dem Verkauf des Warenmangels abhalten, und auch hoffentlich verhindern, daß die Preise wieder zusammenbrechen, anstatt weiter zu sinken.

## Abstimmungsbild.

Von Alfred Hein.

Pillau, die kleine Stadt mit dem riesengroßen Hafen: ein Meer mit einem Wasserlopf (im wahren Sinn des Wortes), hat in diesen Tagen der großen Heimatsfahrt wohl keinen andern Besuch, als sich zu reden und zu denken, auf daß es all die Landströme, von der es überströmt wird, recht gottförmlich zu kurzer Zeit im Vorübergehen aufnehmen könnte. Aber so sehr auch ein hoher Magistrat und ein emsiger Stadtbund für die deutsche Sache lobbyiert und probiert hat, mehr als zwölftausend heimatreue Seelen kann das Städtchen beim besten Willen nicht unter Dach bringen, und so geht der alte Leuchturm auch immer recht ängstlich aus, wenn schon wieder (und das geschieht meist, ehe der eben hunderte auspepelnde Dampfer den Hafen wieder verläßt) ein neues Schiff mit gelbem Winkeln an Bord in Sicht ist.

Am Godelhafen des turmlosen Kirchleins bis zum Mist der „Blüchelle“, der alten neugotischen weltberühmten Seehafenkneipe, ist dann immer alles in berechtigter Aufregung, denn wie, wie soll das werden? Wenn nun all die Landströme, die tagtäglich ankommen, plötzlich den Einfall haben, die Seestadt Pillau eines längeren Aufenthalts zu würdigen? Und alle ehrsam Pillauer sehen sich schon auf dem Heuboden schlafen, denn daß man nach langer Seefahrt Erfröschten das eigene Bett für diese Nacht anbieten muß, das ist (und es sieht trotz aller Bangigkeit freudig auf jedem tollbraunen Pillauer Angesicht geschrieben) doch selbstverständlich. Aber eine weise Eisenbahnverwaltung läßt die schier unendlichen Menschenmengen Zug um Zug sofort ins Land verschleppen. Die Pillauer haben nur für einen mit frischem Raub geschmückten Schuppen zu sorgen, in dem auf Feldtransportart den meist hungerigen (ach ja, die Seeraketen!) Ankömmlingen eine halbe ostpreussische „Erbsensuppe mit Spod“ oder Fleisch serviert wird, und eine Würst mit einer Keule Brot bekommt jeder dazu. Ja, die kleine Stadt ist auf dem Damm. Kaum einer der 10 000, die es jetzt etwa die täglich dreisigtausende Gäste passiert haben, ist ohne diese Würst in der Hand und ohne diese Erbsensuppe im Magen beschwunden. Kopfnistrob lächeln Strand und Stadt dazu, wenn den Wiederkommenden (manch Maler war ein Halbjährhundert nicht in seiner „äthrischen“ Heimat) das treubehaltene Heimatgefühl wehende Esen so recht schmeckt.

Die aus Klever und Hamburger Gegenden Herübergefahrenen kennen ja noch ähnliche Genüsse, die Westfalen und Berliner aber schlürfen mit schätzlicher Wärme, wehmütige Erinnerungen an „bessere Zeiten“ sich zurückend und zufüßern, die kräftige Kost. Manch einem geht es durch den Kopf, ob er das „Babril“ oder „Grabenland“, das ihm nun zweite Heimat geworden

## Dr. Heims Reichszertimmerungspläne.

Auch die Deutschnationalen bedenklich.

Neues Licht auf die dunklen Mächte Dr. Heims zur Spaltung Deutschlands, aber die wir in unserer Sonnabend-Abendausgabe berichteten, werden Enthüllungen des bayerischen Hauptmanns Wahr und des Kommerzienrats Kastrner in der „Süddeutschen demokratischen Korrespondenz“. Nach Hauptmann Wahr, der sich zur Partei Dr. Heims zählt, hätte Kommerzienrat Kastrner am 8. Mai 1900 eine vertrauliche Besprechung mit Dr. Heim, über die protokollarische Aufzeichnungen begeben.

Nach diesen Aufzeichnungen hat Dr. Heim den Franzosen in San Remo, den Engländern in Zürich Angebote zu einer Spaltung Deutschlands gemacht, seiner Behauptung nach mit der Absicht, Engländer und Franzosen gegenseitig auszuspielen. Den Franzosen verspricht er einen Donaubund unter Führung Bayerns, dem sich Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Teile von Deutschösterreich ohne Wien anschließen sollten. Baden und Württemberg sollten als „Vorprovinzen“ unter Frankreichs Einfluß gestellt werden und die Brücke von Frankreich den Donaubund bilden, der die Hegemonie (Vorherrschaft) Frankreichs anerkennen würde.

Den Engländern erzählte Heim, daß der starke Einfluß Preußens gebracht und ausgeschaltet werden müsse. Dazu sei eine vorübergehende Loslösung Süddeutschlands vom Reich notwendig. In der anschließenden Neugestaltung werde Groß-Bayern mit österreichischen Angehörigen die führende Macht in Deutschland werden. Diese ganze Entwicklung solle im engsten Anschluß an England erfolgen.

Als seine eigene Politik bezeichnete Dr. Heim wörtlich noch dem Protokoll:

„An dem Reichsgedanken muß unbedingt festgehalten werden. Der Norden ist dem Bolschewismus verfallen (!). Rettung für Deutschland nur möglich, wenn Süddeutschland — in erster Linie Bayern — sich halten kann. Dies ist wahr-scheinlich. Vom Süden kann dann eine Bewandung und Neuordnung der Dinge kommen.“

Eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich ist unvermeidlich. Einmal wegen des Zustandes im Norden, dann wegen des Friedensvertrages (Annexionierung, indem ein vertragsgewisser Teil der Donaubund) ist die Lösung das erste Ziel, wenn ein in die Augen springender Grund gegeben ist. Nicht vorher. Verbindungen, mit Hilfe deren ein Zusammenstoß auf ökonomischem Prinzip wieder ermöglicht werden kann, müssen immer bestehen bleiben. Eine Verbindung mit England scheint erpöcklich. Weitergehende Ziele oder aber Details der zu ergreifenden Maßnahmen können vorerst nicht behandelt werden.“

Dr. Heim selber nimmt zu diesen Veröffentlichungen Stellung, indem er alles als „Phantasie, Lüge, Konfession und direkte Erfindung“ bezeichnet. Es bleibt aber auffällig, daß diese angeblichen „Lügen“ über Dr. Heim von den verschiedensten Seiten immer wiederkehren. Wir denken dabei nicht nur an die Enthüllungen des Professors Otto, des früheren Reichsenossen Dr. Heims, sondern an jene sicherlich nicht mit der Absicht einer Sühnung Dr. Heims angefertigten Aufzeichnungen, die bei dem Pflegerhauptmann Berthold aufgefunden wurden, als dieser Mitorganisator des Kampfbundes in Durlach ein unruhliches Ende fand. In dem umfangreichen schriftlichen Material, das Berthold bei sich führte, befanden sich auch die von uns im April unter der Rubrik „Das Reich der Verschönerung“ veröffentlichten Protokolle über geheime Besprechungen, an denen auch Dr. Heim teilgenommen hat. In diesen Protokollen wurde eine Verhandlungspolitik mit Frankreich vorgeschlagen, deren Grundlage die Zerteilung Deutschlands in einen norddeutschen und süd-deutschen Block bilden sollte, und Dr. Heim als der Mann bezeichnet, der die besten Beziehungen zu Frankreich habe und Fälligkeit mit Frankreich nehmen solle. Heim erklärte sich auch bereit, nach gelungenem Putsch in Bayern die Regierung zu übernehmen. — Auch gegen diese Protokolle wußte sich Dr. Heim nur durch Nebenarten wie Lüge und Unwahrheit zu verteidigen.

ist, verlassen und sich im Lande dieser herrlichen Erbsensuppe wieder ansiedeln soll. Und daran knüpfen sich Gedanken an Vaterhaus und trautgemütlichen Heimatsort. Auf, auf! Die Musikpelle ist jetzt mit einem frischen Wurzeln: es geht zum Schluß! Dort stehen die Hügel, die über Königsberg weiter in die Heimat hineinführen.

Die Kinder, wie überall, voran. Recht, recht viele Kinder kommen... Was wollen die bei der Abstimmung? Ja, man ist schlau. Trotzdem nicht gerade jeder einen Klumpen auf den Abstimmungsstempel angeboten erhält, denkt doch mancher: Die zwanzig Stunden wollen wir uns schon mit dem feinen Gewürm herumdrücken, winken doch dann um so schönere Tage der Erholung bei Großvater oder bei Onkel und Tante. Und so geht's ohne große Sorge los.

Dann und wann hört man gar, daß ein winzig Menschlein zwischen Strand und Strand geboren worden ist: sind das nun Dürrenreißer oder Westfalen? Radikalisch schaut der Godelhafen vom Kirchleins auf das Krankenhaus der Seestadt Pillau, darinnen die Wächterinnen gütige Pflege gefunden haben. Und faint: Wenn es Dürrenreißer wären, dann —! Freudig freudig dreht er sich zehnmal um sich selber!

Eine deutsche Werkstätte für Farbkunde wird auf Anregung von Prof. Wilhelm Ostwald in Dresden begründet. Die wissenschaftliche Pflege des gesamten Farbwesens und die praktische Auswertung der gefundenen Ergebnisse soll ihr obliegen. Insbesondere soll sie zunächst die Forschungsergebnisse Ostwalds übernehmen, nachprüfen und erweitern. Weiter ist die Gründung von Zweigstellen teilweise an dem Ort in Frage kommenden Gewerbebetriebe in Aussicht genommen. Die Gründungsarbeiten liegen einstweilen bei einem Organisationsausschuß, dem außer den Vertretern der sächsischen Staatsregierung und der Stadtverwaltung Dresden eine Reihe von Vertretern der interessierten Gewerbebetriebe angehört. Mit der Reichsregierung sind Verhandlungen wegen Unterstützung des Unternehmens eingeleitet.

Eine neue Arbeitsmaschine der Textilindustrie. Der schwedische Agronom Erik Persson in Kalmar hat, nach dem „Prometheus“, eine Erfindung gemacht, die geeignet ist, in der Textilindustrie, vor allem in der Textilindustrie eine gründliche Umwälzung herbeizuführen. Größtenteils genommen läßt die Erfindung darauf hinaus, daß durch elektrische Anordnungen die löshilfliche menschliche Arbeitskraft in den Textilmöoren so gut wie völlig entbehrlich wird. Das Maschinensystem besteht aus einem Rollwagen (Motorwagen), der sich auf Schienen über die Moorfläche bewegt. Von diesem Wagen gehen winkelrecht nach beiden Seiten Seile ohne Ende hin und her, zwischen denen auf den Enden aufgestellten Stationen oder Aufhänger. In diese beiden Seile werden die Arbeitsmaschinen eingespannt, sowohl zum Stechen wie zum Weben und Einbringen des Stoffes. Da die Maschinen sowohl für die Drehung als auch für die Textilindustrie verwendbar sind, können sie nahezu das ganze Jahr im Gange sein, ausgenommen die Zeit, in der das Moor gefroren ist.

obwohl nicht der geringste Grund ersichtlich war, aus dem Hauptmann Berthold den Inhalt der Unterredungen gefällig haben sollte. Viele etwas gar zu simple Ableugungsart Dr. Heims macht selbst die Deutschnationalen stutzig, die doch sonst lieber auf Dr. Heim nicht schlecht zu sprechen sind. So schreibt die „Deutsche Zeitung“ zu Heims jüngstem Decant:

Sowohl Hauptmann Wahr als auch Kommerzienrat Kastrner sind sehr ernst zu nehmende Persönlichkeiten. Sie werden zweifellos zu der Verteidigung des Dr. Heim über seine Stellung neigen. Die Enthüllungen über die Tätigkeit des Dr. Heim sind so schwerwiegender Art, daß eine einwandfreie Klärung umgehend herbeigeführt werden muß.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich zwar nicht vorstellen, daß Dr. Heims Ausführungen wirklich so gelaunt haben, wie sie Hauptmann Wahr und Kommerzienrat Kastrner wiedergeben, und möchte annehmen, daß sich hier verschiedene Gedankengänge, wohl schon infolge der dazu tangierenden Gemütsart Dr. Heims, ineinander geschoben haben. Dennoch kommt sie zu dem Schluß:

Für einiges besteht inmerhin eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die Äußerungen so gelaunt haben, allerdings weniger für das, was Dr. Heim auf dem Gebiete der Außen-rein, als für das, was er auf dem der inneren Politik mitgeteilt haben soll.

Wir sind der Ansicht, daß die Angelegenheit Dr. Heims vor einen Staatsgerichtshof gehört, zum mindesten aber den Herrn Reichsanwalt in Tätigkeit zu setzen hätte. Wenn was Dr. Heim zur Last gelegt wird, ist Reichsverrat in schlimmster Form.

## „Spartakus auf dem Lande“.

Die patriotische „Deutsche Tageszeitung“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist äußerst erfreut darüber, für den von ihr nun schon seit Jahr und Tag mit viel Lärm und wenig Grundlage verbreiteten Bolschewismuskred, an dem außer ihr selbst kein Mensch mehr — und vielleicht sie selbst auch nicht? — glaube, einen schlagenden Beleg gefunden zu haben. Sie veröfflicht ein unter den pommerischen Landarbeitern verbreitetes kommunistisches Flugblatt, das unter der Überschrift „Eine Postkarte an alle Landarbeiter“ folgende Absätze enthält:

„Wirliche Ordnung wird nur dann wiederkommen, und wirklich verständig und planmäßig wird nur dann gewirtschaftet werden können, wenn weder der Fabrikant noch der Bankier noch der Händler noch der Junker noch der Großbauer irgend etwas zu sagen hat, sondern wenn Ihr Arbeiter in Stadt und Land gemeinsam die Fabriken und das Land in Besitz nehmen und nach einem einheitlichen Plan für alle christlichen Arbeiter und ihre Frauen und Kinder bewirtschaftet.“

So ist es heute schon in Rußland, und nur so war es dort möglich, daß die Landwirtschaft und die Industrie wieder auf die Beine kamen. (!)

Damit Ihr aber später die Bewirtschaftung des Landes selber übernehmen und dem Junker den wohlverdienten Abschied geben könnt, so müßt Ihr damit anfangen, daß Ihr die Aufsicht über die ganze Güterverwaltung Stück für Stück in Eure Hände bringt. Das ist der erste Schritt, und man muß gehen lernen, ehe man laufen kann.“

Ihr sollt nicht wie die Laffen im Joch leben, sondern in Eure Hand gehört das Reich, und wenn es nötig ist, auch die Wärfel. So lautet die große Postkarte von den revolutionären Betriebsräten auf dem Lande, und Eure Sache ist es, die Postkarte den Junkern und Großbauern deutlich zu machen.“

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sich entrüstet gegen die in diesem Flugblatt enthaltenen Ausführungen wendet, so ist das zwar an sich zu begrüssen, nur müssen wir gerade der „Deutschen Tageszeitung“ das Recht absprechen, sich als Vorkämpferin gegen den Bolschewismus zu bezeichnen, da die ihre nahe stehenden Agrarierkreise alles getan haben, um in der Landarbeiterschaft maßlose Erbitterung und Unzufriedenheit zu erregen. Wenn diese sich dann in bolschewistischen Flugblättern kundgibt, so

Das Ende der Schwanensaison auf den Havelseen. Die Schwanenschar, die vordem die Havelnachtschaft so reichlich belebte, ist heute, so sagt die „Zeitschrift für Vogelkunde“, im vollen Aufbruch. Durch Einfangen und Töten, durch das Ausnehmen der Netze in den letzten vier Jahren ist es dahin gekommen, daß von weit über 200 Schwänen, die vordem die Havel bevölkerten, nur noch 20 übriggeblieben sind. Sollen demnächst noch diese geringen Reste der Havelnachtschaft erhalten bleiben, so müssen schnellstens wirkliche Maßnahmen ergriffen werden. Strenge Gesetze gegen das Einfangen der Schwäne und das Ausnehmen der Netze wären zu erlassen, Prämien für Nachweise jeden Schwanenschwärms müßten ausgesetzt werden, endlich müßte wieder eine genügende Winterfütterung der Schwäne stattfinden. Da der Staat und der Magistrat von Potsdam und Spandau die Unterhaltungskosten, die bisher von der Krone getragen wurden, ablehnen, müssen die Mittel auf dem Wege der Privatammlung aufgebracht werden. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß sich genügend Natursreue finden werden, die zu diesem Zwecke Geden besteuern.

Ein hygienisches Institut für die deutsche Ostmark ist als Stich für das in Bregenz gefundene polenische Institut geplant. Es wäre in der Tat zu begrüßen, wenn alsbald Anzeichen vorlägen, daß diese Angelegenheit als ganz dringlich behandelt wird. Denn es ist darum zu tun, in der neuen Grenzmark die Eindeutigkeit und Weiterentwicklung von Seuchen zu verhindern. Wie bekannt, ist noch nicht einmal die Zahl des Deuts für das neue Institut erledigt.

Der Zentralverband Deutscher Tonkünstler hat in seiner gestern in Berlin unter Paul Götzmanns Vorsh abgehaltenen Vertreterversammlung (der ersten seit 1914 über reichsweite und weite Fragen des Tonkünstlerverbandes) Beschlüsse gefasst, die, wie summarisch mitgeteilt wird, für die Zukunft namentlich der Unterirdischen von weitgehender und einschneidender Bedeutung sein werden.

Mag Hebermann hat jetzt die Bibel zu III. I. 11. 2. begonnen. Und zwar mit Habberungen zum Buch „Lobos“, das im Jule-Verlag erschienen ist, ähnlich wie der „Ch“, der mit Steinzeichnungen Goyas zu Gängen herauskam.

Ein Preisanspruch für Inwertsetzungen beantragt das Bismarck-Bücherei-Landesverweser in Stuttgart. Die Preis zur Einzeichnung von Werbungen ist am 31. August abgelaufen.

Treibholz-Sternwarte. Morgen, 6. Juli, bricht Direktor Dr. Kröner über die Beobachtungen der Weller mit Lichtbildern. Mit dem großen Fernrohr wird der Stern Weller am Tag um 10 Uhr an die Sonne mit großen Helligkeitsgruppen und ihrem Spektrum beobachtet.

Der Preis der Reklam-Bücher. Das Preispapiermangel der Reklam-Bücherei hat jetzt 1.45 B. Das ist das 7. Jahr des Preissteigerungs; man möchte sagen „nur“, denn die Preiserhöhungen sind um Fernrohr nicht bei allem Weller am Tag um 10 Uhr an die Sonne mit großen Helligkeitsgruppen und ihrem Spektrum beobachtet.

Der Begründer der Seilgesellschaft, die mittels mechanischer Apparate die Kräftigung der Muskeln betreibt, Gustav Zander, 68 Jahre alt, in Stockholm gestorben.



füßt die Verantwortung hierfür auf jene grüß, die nichts getan haben, um der Landarbeiterchaft ihre natürlichen Grundrechte zu gewähren.

### Ihr wahres Gesicht.

Wie ehrlich es das alte Agrarierblatt mit seinem Patriotismus meint, den es mit soviel Aufwand von Dingenkraft auf der zweiten Seite vertritt, beweist folgende Aufschrift, die es beiläufig auf der dritten Seite der gleichen Ausgabe veröffentlicht und die folgenden Wortlaut hat:

Wie das „Bayerische Kreisblatt“ erfährt, soll sich am Dienstag eine Kommission der Reichsgetreidekasse im Bayerischen Reichstag befinden, die eine Nachschau bei den ländlichen Behörden vorzunehmen beschlossene hat. Als Sprecher der Landwirtschaft soll Herr Planckhagen „Nacht“ Gelegenheit, der Kommission bei ihrem Eintreten logisch mitzuteilen, daß die Landwirtschaft des Reiches im Landbau geschloffen zusammenhängend, eine Nachschau würde sich kein Landwirt mehr gefallen lassen. Der Erfolg des einmütigen Zusammenhaltens war, daß die Berliner Herren am folgenden Tage unvertütelter Sache umkehrten.

Diese Aufschrift wird von der „Deutschen Tageszeitung“ unter der Überschrift: „Die verbotene Nachschau“ mit offenem Verstand abgelehnt. Sie hat ein Wort des Kommentars zum Ausdruck gebracht. Nehmen wir einmal den umgekehrten Fall an: die Arbeiterchaft würde sich weigern, einer Kommission Auskünfte über wichtige Fragen, die zu stellen die Kommission berechtigt ist, zu erteilen. Das Geschäft des Junkerorgans über die „holländische Verleumdung der Arbeiterchaft“, „Mangel an Vaterlandsliebe“, „Hochverrat“, „Verleumdung“ usw. würde kein Ende nehmen. Ein krasseres Beispiel für den Volkseidwahn von rechts, nämlich die planmäßige Sabotage der Volksernährung durch passive Weigerung der Agrarier, dürfte sich kaum anführen lassen, als die Aufschrift, die von der „Deutschen Tageszeitung“ offenbar in der Hoffnung, daß sie recht viele Nachahmer finden möge, schmerzlos verbreitet wird.

### Betriebsräte und Gewerkschaften.

Die Delegierten der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben sich heute mit den Vertretern der Afa im Deutschen Gewerkschaftsbund versammelt, um über die Organisation der Betriebsräte und ihre nächsten Aufgaben zu beraten. Der Versammlung sind in Vorbereitung vorgelegt worden:

1. Eine Geschäftsrechnung der gewerkschaftlichen Betriebsräte.
  2. Richtlinien für die Einstellungen (§ 78 des B.R.G.).
  3. Richtlinien für Entlassungen (§ 78 des B.R.G.).
  4. Entwurf einer Arbeitsordnung.
  5. Richtlinien für die Geschäftsführung und Geschäftsordnung eines Betriebsrates gemäß § 74 des B.R.G.
- Als Referenten sprachen Genosse Prolat und Köppl. Die folgende Aufzählung wird der Versammlung vorgelegt werden:
- Die am 5. Juli im Gewerkschaftshaus zu Berlin verammelten Initiatoren- und Ausschüsse des A.D.G.B. und der Afa stellen sich auf der einen Seite auf die Interessen der beiden Gewerkschaftsorganisationen zur Bildung freigeberischer Betriebsrätezentralen. Das Betriebsrätegesetz ist als Kampfbogen zur Erringung des vollen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und zur Vereinfachung der Produktion anzusehen.
- Am vorstehenden Betriebsrätegesetz bleiben weite Kreise der in Kleinbetrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsräten, Betriebsoblen und Gewerkschaften.
- Die Konferenz erblüht die dringende Aufgabe der Betriebsräte in:

1. der Einwirkung in die Warenherzeugung und Warenverteilung,
  2. der Aufrechterhaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten,
  3. der Lösung der sozialen und Berufsfragen,
  4. der Durchführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.
- Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsrätezentralen
1. das Material der einzelnen Industriegruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten,
  2. desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen,
  3. auf diese Weise einen Überblick über den Stand der Industriegruppen zu gewinnen,
  4. durch Vorträge die so gewonnenen Kenntnisse zu verbreiten,
  5. durch Kurse die Betriebsräte für ihre Aufgaben zu schulen,
  6. für Verbreitung der Betriebsrätezeitchriften zu wirken,
  7. zur Herbeiführung der sich aus der Geschäftsordnung ergebenden Fragen und Differenzen eine Organisationskommission zu wählen,
  8. bedeutsamen für soziale und Berufsfragen eine Kommission für Sozialpolitik und
  9. für die Produktion betreffende Angelegenheiten eine Kommission für Wirtschaftspolitik.
- Es ist allen Fragen in den Vorberberatungen Stellung zu nehmen, die notwendigen Maßnahmen zu beschließen und für deren Durchführung Sorge zu tragen.
9. auf Grund der bei der Durchführung dieser vorgenannten Maßnahmen gesammelten Kenntnisse der Lage der Industriegruppen gemeinsam mit den Funktionären der Gewerkschaften die Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgearbeiten.
- Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein geordnetes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig unbedenklich. Nur das enge Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolge führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je fasskundiger sie dem Unternehmer entgegenzutreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

### Preussische Landesversammlung.

Die Landesversammlung machte heute schnelle Arbeit. Einige Vorlagen, darunter diejenige über die Verhängung der Verhaftung, wurden ohne Aussprache an den Ausschuss überwiesen. Nur die Resolution der Veteranen von 1870/71 führte eine lebhafte Aussprache herbei. Allgemein wurde die einmalige Beihilfe von 80 Mark, die neuerdings den Veteranen bewilligt ist, für vollkommen unzureichend erklärt. Genosse Harbert machte mit Recht darauf aufmerksam, daß die Herren von der Rechten nichts für die Veteranen übrig hatten, als Geld genug da war. Damals wurde nicht den Kriegssoldaten geholfen, sondern lieber ein neuer Krieg entfacht.

Gegen diesen Vorschlag nahm der Deutsche Volksparteier Reichstags-Deputierter mit dem Ersuchen der Heberzeugung die national-liberale Partei in Schutz, erwiderte damit jedoch körniges Gelächter der Mehrheit. Er holte sich auch noch eine kräftige Schimpfung von dem Unabhängigen Ludwig, der ihm erwiderte, daß die Reichsparteien für die Veteranen höchstens schöne Worte halten und Tatsachen und Sachverhalte für sie verunkelteten. Am Dienstag soll nach Erledigung einer Reihe kleiner Anträge und Heber Vorlagen die Beratung eines Nachtrags etc. und des neuen Stats für 1920 beginnen.

## Der Massenmörder Schumann vor Gericht.

Unter toskalem Andrang des Publikums, unter welchem, wie immer bei Hochprozessen, das weibliche Element die Mehrzahl bildete, begann heute morgen der Prozeß gegen den Falkenhagener Massenmörder, den Schlosser Friedrich Schumann aus Spandau, vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Pioletti. Die Anklage wird vom Staatsanwaltschaftsdirektor Dr. Steinbrecher vertreten, als vom Amtsweilhaber Verteidiger des Angeklagten fungiert Rechtsanwalt Dr. Frey.

Der Angeklagte Schumann wird an den Händen gefesselt vorgeführt. Auf dem Haupt liegen zwei Lederkoffer, gefüllt mit Kleidungs- und Wäscheutensilien der weiblichen Opfer eines Lustmörders.

Nach der Anklage wird Schumann beschuldigt: des Mordes in 7 Fällen, des versuchten Mordes in 11 Fällen, in 2 Fällen der vorsätzlichen Brandstiftung mit Mordabsicht (Mordbrennerei), der Raubtucht in 4 Fällen, des Versuchs dieses Verbrechens in 2 Fällen und des versuchten und vollendeten schweren Diebstahls in 8 Fällen.

Nach Auslösung der Geschworenen und Verlesung des Eröffnungsprotokolls gab Rechtsanwalt Dr. Frey eine Erklärung ab, die besagt, daß er lediglich als „eine Art Folgercheinung des § 140 der Strafprozedur, welcher bestimmt, daß jede vor dem Schwurgericht angeklagte Person einen Verteidiger haben muß“, in diesem Falle fungiere, und daß er von Schumann kein Verbleibendes befehligt worden sei. Wörtlich sagt er u. a.: Wenn Sie die Kriminalgeschichte des letzten Jahres nicht aufmerksamer verfolgen, so werden Sie keinen Kriminalfall finden, in welchem mit einer gleichen

### Grausamkeit und Inmensität

eine ganze Reihe von Personen systematisch abgeschlachtet worden ist, wie in dem vorliegenden Falle. Und das kommt nun mit dem Begriff Menschheit und Mensch.

Ich bestritte, daß ein Mensch, der im Besitz seiner fünf Sinne ist, imstande ist, demartig wohlüberlegt, diebstahl, das Raubtier in der Wildnis und ein Blutdurst und ungeheurer jeglicher Mord noch übertreffende Verbrechen zu begehen. Ich bestritte, daß hier ein Mensch mit geordneten Sinnen unter mir lebt. Wenn es eine Seelenwanderung gäbe, so müßte man annehmen, daß in dem Körper des Angeklagten die Seele eines menschenwährenden, blutdürstigen Trägers aus den indischen Dschungeln gefahren ist. Anders lassen sich die dem Angeklagten zur Last gelegten Straftaten nicht erklären.

Ich protestierte dagegen im Interesse der Menschheit, daß ein Mensch in der Lage ist, so tierisch zu handeln. Es sei denn, daß das Hirn dieses Menschen gewisse Entartungen aufweist, welche es dem Hirn eines Tieres ähnlicher werden lassen.

Meine Herren! Wissen Sie es, wissen es die Ärzte, es hier nicht eine

### Krankhafte Entartung des Gehirns

vorliegt? Warum ist es denn möglich, unmittelbar nach einer Hinrichtung den Schädel des Hingerichteten zu öffnen, zu messen usw.? Ergibt sich bei der Schädelöffnung nichts als ein Anzeichen für eine Entartung im Gehirn (schäumernne Geisteskrankheit), dann ist es zu spät, denn dann merkt man erst, daß man mit einem Verbrecher einen armen Geisteskranken hingerichtet hat. Und ein solcher darf nach dem Gesetz nicht verurteilt werden. Entweder ist der Angeklagte kein Mensch oder aber er ist ein Mensch, welcher unter einem ihm selbst nicht erkennbaren, unüberwindlichen Wahnsinniger, dessen Krankheit vielleicht nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft der Psychiatrie nicht genügend erkennbar ist. Zwei anerkannte Fachleute, die Geschworenen Dr. Hoffmann und Straßmann, haben in einem Gutachten sich dahin geäußert, daß vielleicht eine gewisse Minderwertigkeit vorliegt, aber der § 51 nicht in Anwendung komme. Ich kann mich mit diesen Gutachten nicht zufriedengeben. Nach zeitlicher Überlegung kann ich meiner Pflicht als Verteidiger nur dann gerecht werden, wenn ich jetzt hier den Antrag stelle, ein Gutachten der obersten preussischen Medizinalbehörde, des Medizinalkollegiums eingeholen.

Sollte nicht die Tat eines Wahnsinnigen vorliegen, so verdient der Angeklagte die schärfste Strafe, die das Gesetz kennt. Solange aber nach Zweifel vorhanden sind, möchte ich, um das Wort Mensch nicht beschmähren zu lassen, dringend bitten, meinem Antrag stattzugeben.

Staatsanwalt Dr. Steinbrecher widerspricht diesem

Antrage.

Auf die Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten, wie er sich dazu stelle, erklärt Schumann: Ich habe gar kein Interesse daran,

ich habe die Straftaten nicht begangen.

Geheimrat Prof. Dr. Straßmann erklärt, daß er bei dem Angeklagten gewisse Entartungserscheinungen festgestellt habe. Die Möglichkeit sei vorhanden, daß er im Laufe der Verhandlung selbst noch den Antrag auf längere Beobachtung und Einholung eines Obegutachtens stellen müsse.

Von R.A. Dr. Frey wurde der weitere Antrag aus § 83 St.P.O. gestellt, nach welchem das Gericht die Begutachtung eines Angeklagten durch dieselben Sachverständigen oder andere anordnen kann, wenn es die bisherigen Gutachten für nicht ausreichend erachtet.

Das Gericht gab diesem Antrage unter Ablehnung des ersten

statt und beschloß nach dem Geh. Medizinalrat Dr. Deppmann und den Gerichtsrät Dr. Stoermer hinzuzuziehen.

Landgerichtsdirektor Pioletti gab sodann, da es sich um

33 Eingekerkerte der Anklage

handelt, zum besseren Verständnis für die Geschworenen eine längere Vorlesung der einzelnen Anklagepunkte an die Geschworenen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

## Groß-Berlin

### Die Bürgermeister-Kandidaturen.

Eine Berliner Lokal-Korrespondenz berichtet bereits seit einiger Zeit mit Eifer über angehende Verhandlungen in der Frage der Bezeichnung des Oberbürgermeisterpostens. Auch heute weiß sie wieder allerlei mitzuteilen. So schreibt sie, daß die Unabhängigen „aus erklärlichen Gründen“ für den jetzigen Oberbürgermeister Vermuth eintraten werden, was nach unserer Information zutrifft. Dann sagt sie: „u. a. neben der früheren preussische Ministerpräsident und jetzige Staatssekretär Paul Hirsch (Charlottenburg) und der ehemalige Finanzminister Dr. Sadebaum, ferner auch Philipp Scheidemann, z. B. Oberbürgermeister in Kassel, genannt.“ Das sind Kombinationen! Wir sind in der Lage zu erklären, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sich bisher noch nicht mit dieser Frage beschäftigt hat. Alle Redungen über die Nominierung eines Parteigenossen für den Groß-Berliner Oberbürgermeisterposten sind verfrucht und haltlose Gerüchte.

### Paul Zingers Bruder gestorben.

Der Bruder unseres unbegreiflichen Paul Heinrich Zinger, ist gestern in seiner Wohnung in der Kurfürstentrasse 75jährig einem langen, schmerzlichen Leiden erlegen. Heinrich Zinger hat im öffentlichen Leben niemals eine Rolle gespielt, aber in engen Kreisen unserer alten Berliner Parteigenossen war er allgemein bekannt und geschätzt, eben als der Bruder unseres Paul Hein-

rich war kein gewöhnlicher Bruder, so wie Pauls Bruder Zinger keine gewöhnliche Schwester war: der Begriff der Brüderlichkeit, der Geschwisterlichkeit war im Hause Zinger fürler ausgedrückt als es sonst im gewöhnlichen Leben der Fall war. Heinrich, Paul und Pauls Schwester, wie einst im Elternhause, unzerrennlich beisammen, bis der Tod sie voneinander trennte. Dieser von den dreien sollte geliebtet. Der beiden Geschwister war die Liebe unter Paul die häusliche Sorgfalt und Pflege, die er brachte, um seine Spinnarbeit den Berliner Arbeitern zu erhalten. So nahmen auch wir von Heinrich Zinger mit dem Gefühl des Dankes Abschied.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. Juli, mittags 12 Uhr, von der neuen Halle in Westhafen statt.

### Die rettende Sicherheitspolizei.

Auf dem ehemaligen Exerzierplatz an der Schwedter Straße gab es am vorletzten Sonntag ein Kinderfest. Der es veranstaltete, ist nicht ganz klar. Versucher des Platzes nahmen an, daß es sich um eine Veranstaltung des Generalen Weiß (Oberberger Str. 28) handelte. Das wird vielleicht nicht zutreffen, aber er spielte dabei mindestens keine nebensächliche Rolle. Bemerkenswertes erregte es, daß wegen des Kinderfestes der Eingang des sonst für jedermann zugänglichen Platzes geschlossen wurde. An der Tür wurde den Besuchern ein Eintrittsgeld abgefordert, 60 Pf. für Erwachsene, 40 Pf. für Kinder. Draußen kam es infolge dessen zu Aufsammlungen unzufriedener Personen, die diese Sperrung des Platzes besprohen. Plötzlich stieß Sicherheitspolizei in Stärke von fünf Mann so rilla an, wie wenn ein Anstaltsführer sie herbeigeholt hätte. Sie ging aus West und „Lauter“ den Eingang. Erst später wurde der Zutritt auch für Nicht-Anstalts wieder freigegeben. Man jagte ihn, nur da nach der rettenden Sicherheitspolizei verlangt hatte. Gehört wird Weiß ist Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und sein Poloz wird von ihr zu Zählzwecken benutzt. Die Hilfsaktion der Sicherheitspolizei wird ihm sehr unwillkommen gemein sein, nehmen wir an.

Pichtenbergs Spielplätze sind durch das Stadion, über dessen Vollendung wir berichteten, um weitere 5 1/2 Hektar vergrößert worden. Anfang 1919 umfaßten die öffentlichen Spielplätze erst 6 1/2 Hektar, das waren pro Kopf der Bevölkerung nicht mehr als 1/10 Quadratmeter. Die inzwischen erfolgte Ausführung des neuen Spielplatzprogramms, dessen Errichtung das Stadion ist, hat die gesamte Spielplatzfläche aber das Dreifache hinaus erweitert. Von 20 Hektar sind jetzt als Spielplätze ausgebaut, das bedeutet 1 1/2 Quadratmeter pro Kopf der Bevölkerung. In diesen 20 Hektar sind 21 Plätze verteilt, 10 kleine von weniger als 1/2 Hektar, 7 von über 1/2 Hektar bis 1 Hektar, 2 von über 1 bis 2 Hektar, 1 von 2 Hektar, 1 von 3 1/2 Hektar. Von den 21 Plätzen sind bestimmt: 8 Plätze von zusammen 14 1/2 Hektar für Fußball und freie Spiele der Schul- und Schulfreizeitjugend, 13 meist kleine Plätze von zusammen etwa 4 1/2 Hektar für das freie Spiel der Jugend bis zu 10 Jahren. Überhalb des Stadionsgebietes ist in der Suburbane ein Spielplatz von mehr als 1/2 Hektar eingerichtet. Die von Pichtenberg geschaffene Spielplatzbestandsverteilung in Pichtenberg (das heißt zum Verwaltungsbezirk Pichtenberg gehörr) soll noch große Spielplätze von zusammen etwa 10 Hektar erhalten.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Stealth. Ermeldung von 250 Gramm Teigwaren und 500 Gramm Getreide. Verteilung von Nahrungsmitteln an Arbeiter im ersten bis letzten Lebensjahr, an Frauen, an verheiratete Mütter, an Arbeiter über 65 bis 70 und über 70 Jahre, an Kriegsgeldbesitzer und Tagelöhner.

Jobanndank. 250 Gramm Bohnen (644), 250 Gramm Rübenmehl (64), 1 Liter, Sülzschiff H-Buchung (645). Für Lagerplätze 250 Gramm Getreide (61). Für Kranke 250 Gramm aust. Weizenmehl.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 6. Juli.

Reichstagsfraktion. 7 1/2 Uhr, bei Haberland, Sitzung Amtlicher Funktionäre.

Reichstagsfraktion. 8 Uhr im Lokal von Max Waller: Mitglieder-Versammlung.

Jugendpolitische Versammlung (S. P. D.). 6 Uhr, Konferenzsaal der „Corinto“-Redaktion, Arbeitsausgleichsfrage.

Schöneberg. 7 1/2 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes sowie Amtlicher Funktionäre. Vortrag des Gen. Conrad Veitken. Reorganisation der Abteilungen. Ref. Gen. Faust.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Mittwoch 7 1/2 Uhr bei F. Kelle, Seebahnstraße 20: Mitgliederversammlung. — Mitgliederversammlung.

Ein Verein für gemeinnützige Einzelhandelswirtschaft ist in Berlin unter dem Vorsitz von Emma Lauer, Wally Jepsen, Hse Müller-Delbrück und dem Vorsitzenden Robert Kolp gegründet worden. Er treibt den Bau von Einzelhandelsläden in Form von Eigentümerkollektiven an und will seinen Mitgliedern Hilfe in derartigen Wirtschaftsverhältnissen leisten. Anfragen und Mitteilungen an den Vorsitzenden Robert Kolp, Charlottenburg, Tegeler Weg 4.

## Gewerkschaftsbewegung

### Bauarbeiterausperrung in Holland.

In Holland sind viele Tausend Bauarbeiter ausgesperrt. 1. Weil die Stukkateure in Haag seit drei Monaten um eine Lohn-erhöhung streiken und 2. weil der Allgemeine Holländische Bauarbeiterverband sich weigert, einen Lohn- und Arbeitsvertrag anzuerkennen und zu unterzeichnen, den die Christlichen und die Katholischen Bauarbeiterverbände mit dem Unternehmerbund abgeschlossen haben. Die Forderung der holländischen Bauunternehmer ist eine brutale Nachprob, die sich gegen die freigeberische organisierte Bauarbeiterchaft richtet; unser Bruderverband soll gezwungen werden, dem Stukkateurverband in den Rücken zu fallen. In Holland haben die Stukkateure noch eine selbständige Organisation, gehören also dem Allgemeinen Bauarbeiterverbände nicht an. Die Stukkateurmeister vermochten es nicht, die streikenden Stukkateure auf die Knie zu zwingen; nun verlangen die Unternehmer, daß die eigenen Klassengegner, die Bauarbeiter, den Abbruch des Stukkateurstreiks herbeiführen sollen.

So unerschämte wie dieses Verlangen ist auch das andere. Die Christlichen und Katholischen Bauarbeiterverbände schließen mit dem Bauunternehmerbund einen Tarifvertrag ab, der der Wirtschaftslage der Bauarbeiter absolut nicht Rechnung trägt und den Interessen der freigeberisch organisierten Bauarbeiter entgegensteht. Durch die Aussperrung sollen die Bauarbeiter gezwungen werden, durch Unterschrift anzuerkennen, daß sie freiwillig hungern und rußlos sein wollen.

Die holländischen Kameraden rufen unsere Hilfe an. Wir sollen dafür sorgen, daß es den Unternehmern nicht gelingt, in anderen Ländern Streikbrecher zu finden. Mit allerlei Versprechungen, besonders mit dem Hinweis auf hohe Löhne, werden sie in Ländern mit niedrigeren Saluten auf den Streikbrecher geschwen. Von der Aussperrung sind betroffen Stukkateure, Zimmerer, Erdarbeiter, Maurer, Kuppelarbeiter, Stemmeln und Kuppelarbeiter.

Bauarbeiter aller Länder, üßt Solidarität! Halte den Zugang von Bauarbeitern nach Holland fern!

Das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationale. Die Partei- und Gewerkschaftspressen werden um Abdruck dieses Aufrufs gebeten.



